



Antrag Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0067/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	9.3	- öffentlich -
Betreff: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.03.2007: "Keine Verschärfung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kreise, Städte und Gemeinden"		

Sehr geehrter Landrat,

hiermit beantragt die SPD-Kreistagsfraktion, in der oben genannten Sitzung folgende Resolution zu verabschieden:

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises fordert den Landtag Nordrhein-Westfalen auf, § 107 GO nicht wie vorgesehen zu ändern. Vielmehr verdeutlicht der Kreistag seine Erwartung an den Landesgesetzgeber, dass die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kreise, Städte und Gemeinden nicht verschärft werden. Der Landrat wird beauftragt, diese Auffassung des Kreises den örtlichen Landtagsabgeordneten, den Landtagsfraktionen und der Landesregierung umgehend mitzuteilen.

Eine inhaltliche Begründung der Resolution ist dem in Anlage beigefügten Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW an Herrn Innenminister Dr. Wolf vom 18. Januar 2007 zu entnehmen. Ich bitte, dieses Schreiben den Kreistagsmitgliedern mit diesem Antrag zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Ralf Wurth
Fraktionsvorsitzender
Anlage